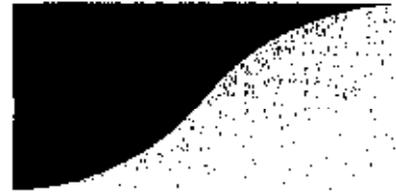


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 66 846 pbbn d



Inhalt

Bundestagsvizepräsidentin
Annemarie Renger ruft die
Lehren des 20. Juli 1944 in
Erinnerung. Seite 1/2

Bundesverkehrsminister Vol-
ker Hauff: Zigaretten ver-
teuern zugunsten zukunfts-
trächtiger Verkehrssysteme?
Seite 3/4

Lenelotte von Bothmer, Vor-
sitzende der deutsch-ara-
bischen Gesellschaft fragt
nach den politischen Bezie-
hungen der Bundesrepublik
zur arabischen Welt.
Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 134 / 20. Juli 1981

Die Aktualität des 20. Juli 1944

Was Widerstand damals und Jugendprotest heute unterscheidet

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Ehrenpräsidentin des Zentralverbandes Demokratischer Wider-
standskämpfer- und Verfolgtenorganisationen

Die jährliche Wiederkehr des 20. Juli 1944 ist niemals der Tag gewesen, um gemütvollte Betrachtungen anzustellen, so als ob es sich um einen zwar stolzen, aber doch abgeschlossenen historischen Besitz unseres Volkes handele. Zu sehr haben die Werte, von denen die Widerstandskämpfer geleitet waren, das Grundgesetz und seine Ausfüllung in der staatlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit bestimmt, als daß sie nicht das Maß wären, an denen sich eine innerlich verunsicherte Gegenwart orientieren kann.

Widerstand - das lehrt der 20. Juli - ist zu existentiell, um in kleiner Münze verschleudert zu werden. Der Gebrauch des Begriffs heute in einer inflationären Weise hat wenig mit einer sittlichen Entscheidung, aber viel mit diffuser Selbsterregtheit zu tun. Die Kämpfer des 20. Juli wagten ihr Leben und das ihrer Angehörigen, sie nahmen die Legitimität ihres Handelns aus der Tatsache, daß die Nazis das eigene und fremde Völker der Vernichtung preisgaben sowie aus der Mißachtung der Menschenwürde durch ein totalitäres Regime. Sie quälten sich, ob sie dafür den Tyrannenmord begehen durften.

Artikel 20 unseres Grundgesetzes lebt aus diesem Geist. Widerstand und Gesetzesungehorsam darf nur gegen den geleistet werden, der die demokratische und soziale Ordnung zu beseitigen unternimmt und auch nur dann, wenn andere Abhilfe nicht



möglich ist. In keinem anderen Fall kann eine höhere Legitimität beansprucht werden, die die gesetzte Legalität aus den Angeln hebt. Wer heute mit solchen Begriffen jongliert und parliert, der wertet den Widerstand ab. Ob Atomkraft, Landebahnen, Jugendzentren, Wohnungsmangel, fehlende Radfahrwege oder Bäumefällen: Wer Entscheidungen des Staates oder der Gemeinden, wer Unterlassungen und Mißstände kritisiert, der hat das Recht der Meinungsfreiheit und das Recht, im Rahmen der Gesetze zu demonstrieren und auf Änderung zu drängen. Er hat nicht das Recht zum Widerstand. Er riskiert nichts und sein Ziel rechtfertigt dies nicht.

Der Widerstand des 20. Juli - das war auch Anwendung von Gewalt als der letzten Möglichkeit, die Selbsterhaltung und die bereits schwerstens erschütterte Würde des eigenen Volkes vor dem Würgegriff der totalitären Macht zu verteidigen. Auf die Frage, was mit Hitler geschehen sollte, antwortete Stauffenberg: Töten! Wir kennen die Skrupel, die viele Beteiligte des Widerstandes hatten, Gewalt anzuwenden, teils wegen Loyalitäten des Eides, teils aber auch aus prinzipiellen Gründen der Gewaltlosigkeit. Was zählt, worauf wir Deutsche uns heute berufen können, ist das Attentat und das Opfer des Lebens. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die jüngsten Diskussionen im Deutschen Bundestag und an die Worte des Bundeskanzlers über die Verteidigung der Würde und Freiheit auch im Zeitalter der Atomwaffen: "Seit es eine abendländische Moral und Ethik gibt, hat es immer zu deren Grundbestand gehört, bereit zu sein, seine eigene Freiheit zu verteidigen. Die Grundwerte 'Freiheit und Leben' können dabei miteinander in Konflikt geraten. Es sind Grundwerte, wie sie sich ja auch im Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes wiederfinden. Die Moral des einzelnen zeigt sich ja immer erst dann, wenn er in die Lage gezwungen wird, zwischen konfligierenden Grundwerten oder Grundrechten abzuwägen."

Reduziert auf die prinzipielle Frage lautet das Vermächtnis des 20. Juli 1944 ebenso. Die Würde und die Freiheit sind auch unter Einsatz von Gewaltanwendung und Leben verteidigungswert gegen den Nihilismus der Nazis wie gegen jede totalitäre Gewaltherrschaft. Die öffentliche Verantwortung, aus der der deutsche Widerstand gehandelt hat, ist das Gegenteil von Verweigerung und Nein-Danke-Haltung aus dem Rückzug in die Innerlichkeit. Die Bewahrung der nackten Existenz an sich reichte ihm nicht aus, um vor sich selbst bestehen zu können. Die Lehren des 20. Juli sind von unverminderter Aktualität.

(-/20.7.1981/bgy/hgs)

+ + +



Sparen heißt nicht geizen

Verkehrsinvestitionen zur Sicherung der Zukunft

Von Volker Hauff MdB

Bundesminister für Verkehr

Es ist fast schon trivial, davon zu sprechen, daß die uns bevorstehenden drastischen Kürzungen von Ausgaben im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushalts 82 nicht leicht fallen werden. Dies wird eine schwierige Operation und sie wird - auch da muß man sich vor Illusionen hüten - schmerzhaft werden.

Fest steht jedoch schon heute, daß Sparen nicht einfach Streichen von Ausgaben in einem buchhalterischen Sinne heißen kann und daß auf der anderen Seite Rezepte nichts taugen, die ausschließlich auf eine Ausweitung der Konsumnachfrage setzen. Helmut Schmidt hat das Gebot der Stunde zutreffend formuliert: "Weder deflatorisch nur auf den Haushalt starren, noch inflatorisch ausschließlich auf Ausweitung der Nachfrage bedacht sein." Was heißt das praktisch?

Es ist richtig, wir kommen um eine Konsolidierung unserer Ausgaben nicht herum, manches, was einige liebgewonnen haben, was andere als "Wildwuchs" bezeichnen, muß abgeschnitten werden. Und zwar nicht in nach allen Seiten verträglichen Portionen - quasi mit der Nagelschere - einiges wird wohl auch mit einschneidenderen Instrumenten angegangen werden müssen.

Wir dürfen uns vor unpopulären Entscheidungen um einer kurzfristigen - meines Erachtens jedoch trügerischen - Ruhe auf allen Seiten willen nicht herumdrücken. Dabei wird nicht ausgeschlossen werden können, daß quantitative Abstriche in einigen Fällen an die Grenzen auch qualitativer Einbußen stoßen. Betroffen wird davon im wesentlichen der konsumtive Bereich, der unmittelbar nichts zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt. Falls dies in der Summe nicht ausreicht, dürfen nach meiner Meinung auch Einnahmeverbesserungen durch Erhöhung der indirekten Steuern kein Tabu sein. Ich persönlich verhehle nicht, daß zum Beispiel eine Erhöhung der Tabaksteuer zu den Maßnahmen zählen würde, denen ich gegenüber jedenfalls nicht in Argumentationsnöte geraten würde.

Am wichtigsten erscheint mir jedoch in der jetzigen wirtschaftlichen Situation, daß den notwendigen Streichungen im konsumtiven Bereich gezielte und wirksame Maßnahmen



im investiven Bereich gegenüberstehen müssen. Praktisch heißt das für mich als Verkehrsminister, daß Investitionsmittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs Priorität haben müssen. Niemand wird leugnen, daß in Anbetracht der sich abzeichnenden Entwicklung bei der Mineralölversorgung der Vorhaltung eines energiesparsamen, leistungsfähigen öffentlichen Verkehrssystems überragende Bedeutung zukommt. Dabei geht es überdies um die Verwirklichung technisch anspruchsvoller Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, das heißt für mich auch um die Schaffung hochwertiger zukunftssicherer Arbeitsplätze.

Das heißt für mich zweitens, daß die Investitionen zur Modernisierung der Deutschen Bundesbahn - vor allem bei Bau von neuen Strecken vorangetrieben werden müssen. Wir können nun einmal nicht den Verkehrsanforderungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts mit einem Schienennetz gerecht werden, das im wesentlichen aus der Zeit zu Beginn des Jahrhunderts stammt.

Von entscheidender verkehrspolitischer, aber auch energie- und umweltpolitischer Bedeutung sind für mich auch die Investitionen, die eine sinnvolle Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger erleichtern oder erst ermöglichen. Park-and-Ride-Systeme, sowie der kombinierte Verkehr seien hier nur beispielhaft erwähnt. Wir werden auch in regional begrenztem Umfang um Investitionen für den Bundesfernstraßenbau nicht herumkommen.

Dies alles wird viel Kraft und auch ganz schlicht viel Geld erfordern, Geld, das anderswo eingespart oder - wie beschrieben - falls erforderlich auch durch Maßnahmen auf der Einnahmeseite beschafft werden muß. Dies ist auch kein Plädoyer für eine "beggar my neighbour"-Politik.

Es ist viel eher ein Plädoyer an uns alle, die kommenden Aufgaben nicht nur als eine abstrakte Herausforderung zu begreifen, sondern als Chance für eine Politik, aus der die Wohlwollenden die Ansätze einer in sich schlüssigen Konzeption herauslesen werden können.

(-/20.7.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Auch Beziehungen zur arabischen Welt pflegen

Von Lenelotte von Bothmer

Vorsitzende der deutsch-arabischen Gesellschaft

Beging greller Paukenschlag im Mai gegen Bundeskanzler Schmidt hat einen positiven Aspekt: Wir sind genötigt, mit uns selber Übereinzukommen, wie wir's denn nun mit den Arabern, mit den Palästinensern, halten. Daß wir schon lange mit arabischen Ländern Wirtschaftsbeziehungen haben, ist weder "schanlos" noch "gierig". Die Frage ist nur: haben wir auch gute politische Beziehungen zu den Arabern?

Seit Gründung des israelischen Staates sind diese Beziehungen distanziert und kühl. Wer hierzulande glaubt, aus politischer Einsicht diese Distanziertheit durchbrechen zu sollen, der wurde von den Parteigenossen gleichlautend mit israelischen Stimmen barsch zurückgepiffen.

Ich will hier nicht das deutsch-israelische Beziehungsfeld erläutern - es ist uns allen deutlich. Wir müssen uns aber klar machen, daß der Konflikt im Nahen Osten zwischen Arabern, die in Palästina beheimatet sind, und Israelis basiert. Mit der starken Einwanderung von Juden aus aller Welt - ausgelöst durch die Nazizeit und die Geschehnisse während des Zweiten Weltkrieges, besonders aus Deutschland - begann die Leidenszeit auch für die Palästinenser: Sie wurden vertrieben, verdrängt. Selbstverständlich hat es Kämpfe gegeben, aber der Macht des von aller Welt unterstützten Judentums (denn die Welt hatte an ihnen etwas gutzumachen), waren die Araber in Palästina nicht gewachsen; sie sind es bis heute nicht. Sie leben als Deklassierte im eigenen Land - täglich gibt es Meldungen über neue unrechtmäßige Landnahme in den besetzten Gebieten - oder sie sind Flüchtlinge.

Ruft man sich ins Gedächtnis, daß die Palästinenser keine andere Schuld auf sich geladen haben, als dort zu leben, wo sie anderen im Wege waren, dann fallen einem Menschenrechtsgrundsätze ein, die uns in anderen Fällen geläufig sind. Finden wir es wirklich verwunderlich und empörend, wenn unter den Palästinensern Verzweiflung und Aggression gewachsen ist? Sicher, wir sind für friedliche Mittel zur Konfliktlösung. Was ist aber mit den Aggressionen von israelischer Seite, die zwar unsere Medien nicht melden oder sie nur als Vergeltungs- und Präventivschläge bezeichnen? Aber unter den Wucht deutscher Schuld an den Juden verdrängen wir alles, was uns beunruhigen könnte.



Wir haben die jahrhundertealten guten und engen Beziehungen zur arabischen Welt vergessen; wir sind davon überzeugt worden, daß uns auf immer und ewig nichts anderes mehr ziemt, als Israel und seiner Politik zu dienen.

Das würde uns leichter fallen, wenn nicht die Israelis "Großisrael" anstreben und rigoros durchsetzen; wenn nicht immer deutlicher würde, daß die sogenannten Autonomieverhandlungen des Camp David Abkommens schon durch gesetzte Fakten ab absurdum geführt worden sind. Müssen wir uns jetzt nicht endlich fragen: Wollten wir das denn unterstützen? Wollten wir neues Unrecht unterstützen? Glauben wir daran, daß neues Vertreiben und Morden Vergangenes gut macht? Sicher wußte wohl kaum jemand, daß die zionistische Bewegung von ihren Anfängen an ganz Palästina für den Judenstaat vorsah; sicher war vielen jüdischen Einwanderern der vorprogrammierte Konflikt mit den Arabern nicht klar. Immerhin hat Martin Buber schon in den zwanziger Jahren warnend seine Stimme erhoben und auf diesen unausweichlichen Konflikt und eine humane Lösung hingewiesen.

Die arabische Welt hat auch ihre Unstimmigkeiten untereinander - wie die europäische -; sicher ist aber, daß für alle das Palästinenserproblem als das wichtigste und brennendste erlebt wird. Seit Jahren versuchen die Araber mit Europa, auch mit der Bundesrepublik, diese wichtige politische Frage zu erörtern; sie hoffen immer wieder auf Verständnis für ihre Seite der Problematik (Aus dem Euro-Arabischen Dialog waren politische Themen auf amerikanischen Wunsch ausgespart und er ist "ausgetrocknet"). Die Araber hoffen immer wieder darauf, daß wir Europäer, wir Deutschen, dazu helfen, neue allseitige Verhandlungen und Gespräche möglich zu machen, an denen beide Hauptbeteiligte, die Israelis und die Palästinenser, teilnehmen. Denn nur das ist der Weg zu politischer Befriedung der gesamten Region. Wenn das in der Tat im Grundsatz akzeptiert würde, es würde doch nichts zustandekommen, weil - auch wir - eine Teilnahme der PLO indiskutabel finden.

Die PLO besteht aus gewählten Vertretern des palästinensischen Volkes; sie zeichnet sich seit Jahren durch ihr diplomatisches und moderates Verhandeln aus. Den Einwand des Terrorismus lasse ich nicht gelten, es sei denn, man betrachte gleichermaßen israelischen Terrorismus. Und was berechtigt uns oder andere, gewählte Vertreter eines Volkes "nicht anzuerkennen"?

Es ist sehr positiv zu bewerten, daß die Bundesregierung schon einige Jahre zusammen mit den "Neun" ausgewogene Stellungnahmen abgegeben hat, in denen sie immer deutlicher vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, endlich auch von "eigener Staatlichkeit" gesprochen hat. Und es ist politisch und menschlich gut und richtig, wie sich der Bundeskanzler nach seiner Reise nach Saudi Arabien geäußert hat. Der Krisenherd im Nahen Osten muß eine Befriedung erfahren, denn eine der großen Kriegsgefahren wächst dort.

Wir Sozialdemokraten dürfen nicht mehr davor zurückschrecken, unsere Beziehungen zur arabischen Welt zu pflegen und auszusprechen. Dies muß unser Verhältnis zu Israel nicht schmälern.

Wer der Sache näher nachgehen möchte, lese das beim SPD-Verlag Neue Gesellschaft 1979 erschienene Buch von Raymonda Tawil "Mein Gefängnis hat viele Mauern".

(-/20.7.1981/h1/ca)

